

Kommuniondebatte hält weiter an - Bischof Feige: "Doppelmoral"

Bonn (KNA) Die Debatte um den Kommunionempfang für nichtkatholische Ehepartner geht unvermindert weiter. Dabei wirft der Ökumenebischof der Deutschen Bischofskonferenz, Gerhard Feige, den Gegnern der geplanten pastoralen Handreichung um den Kölner Kardinal Rainer Maria Woelki "Doppelmoral" vor. Feige hält ihnen in seinem am Mittwoch veröffentlichten "Nachruf auf eine unsägliche Entwicklung" vor, "höchste Ansprüche für einen Kommunionempfang zu erheben oder dessen Unmöglichkeit zu behaupten, zugleich aber von unzähligen Ausnahmen zu wissen und diese ohne weiteres zu tolerieren".

Feige plädiert dafür, nichtkatholischen Ehepartnern offiziell zu erlauben, "im Einzelfall unter besonderen Umständen nach geistlicher Beratung und individueller Gewissensentscheidung die Kommunion zu empfangen". Er kritisiert es zudem als "völlig unverständlich", wie sich Rom in dieser Frage verhalten habe. Bei einem Gespräch am 3. Mai habe es dort noch geheißt, die Bischöfe sollten in der Kommunionfrage eine möglichst einmütige Regelung finden. Einen Monat später sei dieser Auftrag "offensichtlich durch Papst Franziskus selbst" wieder rückgängig gemacht worden.

Der Vorsitzende der Glaubenskommission der Bischofskonferenz, Bischof Karl-Heinz Wiesemann, äußerte sich überrascht über das jüngste Schreiben aus Rom. Er erwarte, dass am Ende eine Lösung stehe, mit der die besondere Situation konfessionsverbindender Ehen gewürdigt werde. Der Bischof sprach von einem "positiven Signal, dass die von der Deutschen Bischofskonferenz aufgeworfene Frage als bedeutsam für die Universalkirche eingeschätzt wird und die deutsche Kirche hiermit einen wesentlichen Impuls zur Klärung einer wichtigen ökumenischen Frage auf Weltebene gegeben hat".

Der evangelische Kirchenpräsident Christian Schad sieht in dem Brief "eine Wendung" in der Haltung von Papst Franziskus. Dieser habe bisher die Eigenverantwortung der Ortskirchen in seelsorglichen Fragen eingeklagt. Dass er jetzt "umschwenkt", sieht Schad darin begründet, dass es bei den Bischöfen Uneinigkeit gebe, repräsentiert durch die Kardinäle Reinhard Marx und Woelki.

Auch der Vorsitzende des Deutschen Nationalkomitees des Lutherischen Weltbundes, Gerhard Ulrich, äußerte sich nach Gesprächen mit dem Vatikan. Der Präfekt der Glaubenskongregation, Erzbischof Luis Ladaria habe dabei versucht, die Befürchtung des Papstes zu erklären, dass eine nationale Lösung zur Erleichterung der Eucharistie in konfessionsverbindenden Ehen negative Auswirkungen auf die Weltkirche haben könnte.

Die Initiative "Wir sind Kirche" zeigte sich "höchst befremdet" über den Brief. Die Gruppe appellierte an alle Katholiken, sich durch die "verwirrenden Meldungen" aus Rom nicht beirren zu lassen. Die Gläubigen sollten die schon lange erprobte Praxis beibehalten, nach der auch evangelische Ehepartner die Kommunion erhalten können.

Die Bischofskonferenz hatte sich mit Dreiviertel-Mehrheit auf eine bisher unveröffentlichte Handreichung geeinigt, wonach im Einzelfall nichtkatholische Ehepartner zur Kommunion zugelassen werden können. Sieben Bischöfe um Kardinal Woelki baten den Vatikan um Klarstellung, ob eine solche Regelung von einer einzelnen Bischofskonferenz beschlossen werden kann.

Am 3. Mai reiste eine Bischofsdelegation mit Vertretern beider Richtungen zu Gesprächen nach Rom. Der Vatikan verwies den Konflikt zunächst an die deutschen Bischöfe zurück. Jetzt wurde ein Schreiben von Ladaria an den Vorsitzenden der Bischofskonferenz, Kardinal Marx, bekannt: Papst Franziskus sei zu dem Schluss gekommen, "dass das Dokument noch nicht zur Veröffentlichung reif ist".

Zuletzt geändert am 06.06.2018